

Ingo Meitinger

Der Schutz
von Geschäftsgeheimnissen
im globalen und
regionalen Wirtschaftsrecht

Stand und mögliche Entwicklungen
der Rechtsharmonisierung



PETER LANG

Bern • Berlin • Bruxelles • Frankfurt am Main • New York • Oxford • Wien

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XIX
Verzeichnis der Rechtsquellen	XXXV
Verzeichnis der Entscheidungen	LIII
Verzeichnis der Materialien	LIX
Abkürzungsverzeichnis	LXIII

Einleitung	1
------------	---

I. Teil

Schutz von Geschäftsgeheimnissen als Teil des Wirtschaftsrechts	3
--	---

§ 1 Vom Faktum des Wirtschaftslebens zum rechtlichen Schutz	5
---	---

§ 2 Funktion und Disfunktion des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen	10
A. Innovationsschutz versus freier Wettbewerb	10
B. Schutz der Geschäftsmoral	12
C. Beschränkung der Arbeitnehmermobilität	14
D. Transparenz der Verwaltung und Akteneinsicht	16

§ 3 Bedeutung des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen in der Praxis und sein Verhältnis zu den benachbarten Rechtsgebieten	18
A. Urheberrecht und Schutz von Datenbanken	19
B. Persönlichkeitsrecht, insbesondere Datenschutzrecht	22
C. Patentrecht	23

§ 4 Bedarf und Zweck der globalen Integration des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen: Rechtsharmonisierung durch Umsetzung internationaler Regelungen ins nationale Recht	25
A. Stark divergierender nationaler und regionaler Schutz	25

B. Bedürfnisse einer globalisierten Wirtschaft	26
C. Umsetzung der Harmonisierungen ins nationale Recht - staatsvertragskonforme Auslegung — direkte Anwendung	29
D. Globale Assistenz und Zusammenarbeit als weitere Komponente der Harmonisierung	34
II. Teil	
Ordnung und Analyse des Geheimnisschutzes im geltenden globalen und regionalen Wirtschaftsrecht	37
1. Kapitel	
Positiv rechtliche Quellen des Schutzes unter Berücksichtigung ihres Anwendungsbereichs und ihrer Adressaten	39
§ 1 In den geltenden Rechtsnormen verwendete Technologie	40
A. Geschäftsgeheimnis	42
B. Know-how	47
C. Berufsgeheimnis	48
§ 2 Privatrechtlicher Schutz von Geschäftsgeheimnissen	51
A. Globales und regionales Wirtschaftsrecht	51
I. Harmonisierungen durch das TRIPs-Abkommen, das NAFTA und die Decision 486 der Comunidad Andina	51
II. Art. 10 ^{bis} Pariser Verbandsübereinkunft	52
1. Basis von Art. 39 TRIPs	52
2. Keine materielle Regelung des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen	53
3- Erweiterung des Katalogs von Art. 10 ^{bis} (3) PVÜ durch Art. 39 TRIPs	54
B. Gemeinschaftsrecht: Punktuelle Ansätze in den Gruppenfreistellungsverordnungen zu Lizenzverträgen	55
§ 3 Verwaltungsrechtlicher Schutz von Geschäftsgeheimnissen	59
A. Kein allgemeiner verwaltungsrechtlicher Schutz nach Art. 39 TRIPs und Art. 1711 NAFTA	59

B. Allgemeines Verwaltungsrecht der EG	65
C. Kartellrecht der EG	70
D. Aussenwirtschaftsrecht	71
I. Antidumping, Subventionen und Ausgleichsmassnahmen	72
II. Import- und Exportkontrollen	75
1. Kontrollen vor dem Versand	75
2. Kontrollen bei sanitärischen und phytosanitärischen Massnahmen und technischen Handelshemmnissen	76
3- Weitere Kontrollen nach Gemeinschaftsrecht	77
III. Zollwertermittlung und Ursprungsregeln	79
IV. Schutzmassnahmen	80
V. Öffentliches Beschaffungswesen	81
VI. Innergemeinschaftliche Subventionen der EG	82
E. Verwaltungsaufsicht im Bereich der öffentlichen Gesundheit, der Umwelt sowie der Produktsicherheit	83
I. Bestimmungen im Bereich von Umwelt- und Gesundheitsschutz und technischer Produktvorschriften	83
II. Zulassung von Arzneimitteln, agrochemischen Produkten und medizinischen Instrumenten	89
1. TRIPs, NAFTA, Decision 486	89
2. Gemeinschaftsrecht	92
F. Registrierungen von Schutzrechten	94
I. Patentanmeldungen nach EPÜ und PCT	94
II. Gemeinschaftsrechtlicher Sorten- und Markenschutz	95
G. Zulassungen und Tätigkeit in neu liberalisierten Märkten	95
I. Energiesektor	95
II. Telekommunikationssektor	96
III. Luftfahrtsektor	98
H. Aufsicht im Finanz- und Versicherungssektor	98

§ 4 Geheimhaltungsrechte staatlicher Behörden bei der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit im Bereich des Wirtschaftsrechts	100
A. Recht der WTO	100
B. Bilaterale und plurilaterale Staatsverträge	100
C. Gemeinschaftsrecht	104
2. Kapitel	
Schutzvoraussetzungen	107
§ 1 Geheimniseigenschaft	111
A. Einführende Bemerkungen	111
B. Erforderlicher materieller Gehalt des Geschäftsgeheimnisses	114
C. Auslegung des Geheimnisbegriffs	117
I. Keine allgemeine Bekanntheit	118
II. Keine leichte Zugänglichkeit	123
III. Parallele Beurteilung von Bekanntheit und Zugänglichkeit der Information	129
D. Aussenwirtschaftsrecht: Vertrauliche Behandlung auch bei fehlender Geheimniseigenschaft	133
§ 2 Geheimhaltewille	135
A. Generelles Erfordernis	135
B. Qualifizierte Manifestation des Geheimhaltewillens durch Schützmassnahmen	136
C. Verwaltungsrecht: Antrag auf vertrauliche Behandlung durch den Offenbarer	142
§ 3 Geheimhalteinteresse	147
A. Privatrechtlicher Geheimnisschutz	148
I. Grundsatz	148
II. „Wesentlichkeit“ der Informationen als zusätzlich qualifiziertes Geheimhalteinteresse im EG-Kartellrecht	149
B. Verwaltungsrechtliche Geheimhaltungspflichten	153
I. Grundsatz	153
II. Kein Abstellen auf das objektive Geheimhalte- interesse zur Gewährung der vertraulichen Behandlung im Aussenwirtschaftsrecht	160

§ 4 Zusätzliche Voraussetzungen in besonderen Bereichen . . .	161
A. Privatrechtliche Geheimhaltungspflichten:	
Festhalten des Geheimnisses	
auf einem Informationsträger	161
B. Verwaltungsrechtliche Geheimhaltungspflichten:	
Nicht vertrauliche Zusammenfassung	
der Informationen	165
§ 5 Ausnahme in besonderen Erlassen des EG-Rechts	
sowie im Patent Cooperation Treaty: Voraussetzungslose	
vertrauliche Behandlung eingereichter Informationen	167
3. Kapitel	
Inhalt und Tragweite des Schutzes	171
§ 1 Grundsatz	171
A. Privatrechtlicher Schutz	173
I. Vertraglicher Schutz	173
1. <i>Wirkung der vertraglich</i>	
<i>vereinbarten Geheimhaltungsklausel.</i>	176
2. <i>Weitere durch das EG-Wettbewerbsrecht</i>	
<i>freigestellte Vertragsklauseln betreffend</i>	
<i>Geheimhaltung von lizenziertem Know-how.</i>	181
II. Schutz aufgrund eines Vertrauensverhältnisses	185
III. Haftung des Nutzniessers	
der Geheimnisverletzung	188
IV. Schutz vor dem Auskundschaften	
von Geschäftsgeheimnissen	192
V. Weitere sanktionierte Verhaltensweisen	194
B. Verwaltungsrechtlicher Schutz	195
I. Verwaltungsrecht der EG	195
II. Allgemeine Schutzregel in Art. 261	
Decision 486	198
III. Spezialregelungen im Aussenwirtschaftsrecht	199
IV. Schutz vor unfairer kommerzieller Verwertung	
durch Dritte bei Marktzulassungen von	
Pharmazeutika und agrochemischen Produkten	
und bei tier- und pflanzenschutzrechtlichen	
Massnahmen bzw. technischen Prüfungen	203

1. Aufwand und Kosten der Generierung der Daten.	205
2. Art und Natur der Daten.	206
3- Öffentliche Interessen.	206
4. Interessenabwägung.	207
5. Fazit.	211
V Patentanmeldungen nach EPÜ und PCT.	211
C. Staatliche Geheimhaltungsrechte in den WTO-Abkommen.	212
§ 2 Grenzen der Geheimhaltungspflicht	214
A. Geringe Bedeutung der Ausnahmen im Geheimnisschutz zwischen Privaten.	214
B. Ausnahmen vom verwaltungsrechtlichen Geheimnisschutz.	216
I. Offenbarungsinteresse anderer Organe bei verwaltungsrechtlichen Geheimhaltungspflichten	220
1. Verwaltungsbehörden.	220
2. Gerichte.	221
II. Interessen der Öffentlichkeit an der Einsicht in Dokumente.	225
C. Akteneinsichtsrecht im Zivil- und Verwaltungsverfahren.	231
I. Allgemein	231
II. Schutzanordnungen im Antidumping- und Antisubventionsverfahren.	234
§ 3 Zeitlich unbeschränkte Dauer des Schutzes	237
A. Privatrechtliche Geheimhaltungspflichten.	237
B. Verwaltungsrechtliche Geheimhaltungspflichten.	241
I. Allgemein	241
II. Schutz von Testdaten.	243
4. Kapitel	
Rechtsfolgen von Verletzungen von Geschäftsgeheimnissen und Verfahrensgrundsätze.	249
§ 1 Rechtsfolgen von Verletzungen •	
von Geschäftsgeheimnissen.	249
A. Unterlassungspflicht des Verletzers.	250

I.	TRIPs, NAFTA und Decision 486.	250
II.	Gemeinschaftsrecht.	251
B.	Schadenersatz.	254
I.	TRIPs, NAFTA und Decision 486.	254
1.	<i>Schadenersatzpflicht von Privaten und nicht hoheitlich tätigen Behörden sowie von Nutzniessern der Rechtsverletzung.</i>	254
2.	<i>Die Haftung von Behörden und Beamten im Rahmen der hoheitlichen Tätigkeit.</i>	259
II.	Schadenersatz nach Gemeinschaftsrecht	261
1.	<i>Haftung der Gemeinschaft nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen der nationalen Rechtsordnungen.</i>	261
2.	<i>Regress gegenüber Beamten in der Europäischen Gemeinschaft.</i>	266
C.	Verpflichtung zur Herausgabe des Gewinns.	266
D.	Strafrechtliche Sanktionen.	269
I.	Verantwortlichkeit bei Verletzung . von privatrechtlichen Schutznormen.	269
II.	Verantwortlichkeit von Behördenmitgliedern	272
E.	Weitere Rechtsfolgen.	272
I.	Entzug und Zerstörung von Waren und Werkzeugen.	272
II.	Urteilspublikation	275
III.	Auskunftspflicht über Mitbeteiligte.	275
IV.	Verfahrenskosten.	276
V.	Rechtsschutz des Beklagten.	277
VI.	Verfahrensaufhebung bei Verletzung von verwaltungsrechtlichen Geheimhaltungspflichten . .	277
F.	Exkurs: Staatliche Geheimhaltungsrechte.	278
§ 2	Verfahrensgarantien bei der Durchsetzung von Geheimhaltungsansprüchen nach TRIPs und NAFTA	280
A.	Allgemeine Grundsätze.	280
B.	Beweisregeln.	285
C.	Vorsorgliche Massnahmen.	288
I.	Allgemeines.	288

II. Superprovisorische Massnahmen	289
III. Mitwirkung des Antragstellers	291
IV. Schadenersatzanspruch des Beklagten bei gegenstandsloser Massnahme	292
D. Grenzmassnahmen	293

III. Teil

Würdigung der bestehenden Standards und Vorschläge für deren Weiterentwicklung	299
---	-----

1. Kapitel

Ergebnisse der Analyse der globalen und regionalen Standards	301
§ 1 Schutzzoraussetzungen und Schutzzinhalt	301
A. Schutzzoraussetzungen	302
I. Geheimniseigenschaft	302
II. Geheimhaltewille	305
III. Geheimhalteinteresse	307
IV. Übrige Schutzzoraussetzungen	308
B. Schutzzinhalt	309
C. Rechtsfolgen von Verletzungen und Verfahrensrecht	311
§ 2 Weitere Ergebnisse der Analyse	313
A. Fehlende Einheit der Terminologie	313
B. Mangelnde materielle Harmonisierung	314

2. Kapitel

Vorschläge für die Weiterführung der Rechtsharmonisierung	317
1 Zunehmende Gefahr des Offenbarwerdens von Informationen in Wirtschaft und Verwaltung aufgrund neuer Kommunikationstechnologien	318
A. Einführung	318
B. Erfordern die neuen Technologien regulatorischen Handlungsbedarf?	321
§ 2 Konzeptionelle Fragen des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen	325
A. Dogmatische Qualifizierung des Schutzes: Immaterialgüter- oder Lauterkeitsrecht?	325

I.	Globale und historische Uneinheitlichkeit des Schutzes	325
II.	Schutz von Geschäftsgeheimnissen als Immaterialgüterrecht?'	327
III.	Lauterkeitsrechtliche Aspekte	330
1.	<i>Geschäftsgeheimnisse - Schutz immaterieller Güter bei Verstößen gegen die lautere Geschäftspraxis.</i>	330
2.	<i>Übereinstimmung mit dem Schutz im TRIPs-Abkommen.</i>	331
B.	Systematik innerhalb des Schutzes: Unterscheidung nach dem Grund der • Kenntnisnahme der Information ¹	334
I.	Aufgabe der klassischen Trennung von Privat- und Verwaltungsrecht	334
II.	Unterscheidung nach dem Grund der Kenntnisnahme der Information anstelle des Absteilens auf den Adressaten der Schutzbestimmung	336
III.	Lückenlose Regelung der Geheimhaltungspflicht	339
C.	Entspricht der Schutz von Geschäftsgeheimnissen einem allgemeinen Rechtsgrundsatz?	340
I.	Allgemeine Rechtsgrundsätze des Völkerrechts	340
1.	<i>Voraussetzungen und Funktion allgemeiner Rechtsgrundsätze.</i>	340
2.	<i>Völkerrechtliche Fallkonstellationen und deren Relevanz im Bereich des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen.</i>	342
3-	<i>Erfolgsaussichten einer Klage wegen Verletzung von Geschäftsgeheimnissen durch fremde Regierungsstellen vor dem IGH.</i>	345
4.	<i>Anwendung der Voraussetzungen für das Vorliegen eines allgemeinen Rechtsgrundsatzes auf den Schutz von Geschäftsgeheimnissen.</i>	346
II.	Allgemeiner Grundsatz des WTO-Rechts	348

1. Charakterisierung eines allgemeinen Grundsatzes des WTO-Rechts.	348
2. Gesetzliche Geheimhaltungspflicht als Grundsatz des WTO-Rechts.	349
III. Global gültiger allgemeiner Rechtsgrundsatz?	351
§ 3 Der Schutz von Geschäftsgeheimnissen <i>de lege ferenda</i> :	
Vorschlag einer Generalklausel des globalen Rechts. . . .	353
A. Vertrauensprinzip als Grundlage des Schutzes:	
Dynamische Betrachtungsweise von Schutzobjekt, Schutzvoraussetzungen und Schutzinhalt	353
I. Verhältnis von Schutzobjekt und Schutzvoraussetzungen.	353
1. Patentfähige und nicht patentfähige Informationen.	354
2. Unterscheidung nach dem Grund der Kenntnisnahme der Information.	357
II. Verhältnis von Schutzvoraussetzungen und Schutzinhalt: Starker rechtlicher Schutz - hohe Schutzanforderungen.	360
B. Lösungsansatz für eine Generalklausel des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen im WTO-Recht	362
I. Aus den bestehenden Schutznormen extrahierte und bereinigte Generalklausel	363
II. Konzeption der Generalklausel	365
1. Schutzvoraussetzungen.	365
2. Schutzinhalt.	369
III. Vorschlag für eine multilaterale Generalklausel zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen.	373